

Region Linz

Fotos, Videos, Berichte auf www.rhein-zeitung.de/linz

Neues Hilfsangebot für kranke Obdachlose

Johannes-Haw-Heim in Leutesdorf hat elf Plätze für Menschen mit höherwertigem fachlichen Mehrbedarf eingerichtet

Von Sabine Nitsch

Leutesdorf. Es kann wirklich jeden treffen. Jobverlust, Krankheit, Kündigung der Wohnung wegen Eigenbedarf oder weil sie abgebrannt ist, Depressionen, die dazu führen, dass man das eigene Leben nicht mehr bewältigen kann, Trennung vom Partner, Drogen oder Alkoholsucht: Die Gründe, warum Menschen obdachlos werden und auf der Straße landen, sind laut Ramona Desgronte, Einrichtungsleiterin des Johannes-Haw-Heims (JHH) in Leutesdorf, vielfältig. Die Folgen seien aber immer gleich: Menschliches Elend, zu wenig Hilfsangebote, manche fallen durch jedes Raster und sind in ihrer Not komplett auf sich allein gestellt. Im JHH finden alleinstehende Obdachlose, Suchtkranke oder Haftentlassene Unterkunft. 90 Plätze sind vorhanden. Das JHH betreibt auch eine Außenwohngruppe mit etwa 20 Plätzen.

Jetzt hat die Einrichtung des Johannesbundes ihr Angebot erneut erweitert. Elf Plätze für Menschen, die einen sogenannten „höherwertigen fachlichen Mehrbedarf“ haben, wurden neu eingerichtet. Wohnungslose Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, die dringend Unterstützung brauchen, aber durch alle Hilferaster fallen, haben dort jetzt eine Anlaufstelle. „Es sind vorwiegend langjährig erkrankte und obdachlose Männer, aber auch Frauen mit chronifiziertem Hilfebedarf. Viele sind dauerhaft nicht in der Lage, außerhalb eines beschützten Wohnumfelds ein selbstständiges Leben zu führen“, erläutert Desgronte. Das neue Wohnprojekt ist nach Angabe des JHH eines der wenigen, wenn nicht sogar das einzige seiner Art in Rheinland-Pfalz.

Ein Bewohner ist der 49-jährige David (Name von der Redaktion geändert), ein Angehöriger der Sinti, der in Viernsen geboren wurde. Er



In Leutesdorf kommen auch Obdachlose unter, die einen vermehrten Hilfebedarf haben. David (rechts, Name von Redaktion geändert) ist froh, dass er auf die Unterstützung von (von links) Denise Müller, Joachim Blumenthal, Ramona Desgronte und Yvonne Rollé bauen kann. Foto: Sabine Nitsch

hatte eine Partnerin, war Hausmeister, rutschte in die Kriminalität ab. Nach einem Gefängnisaufenthalt war der Job weg, die Frau auch. Er landete auf der Straße. Zum Unglück kam noch eine Katastrophe hinzu. Er erkrankte schwer an Darmkrebs, wurde operiert, kam erst bei einem Bekannten unter, der ihn aber wieder vor die Tür setzte. Dann die nächste Hiobsbotschaft. Man stellte bei ihm Nierenkrebs fest. Die Chemo musste er zum großen Teil auf der Straße, ohne Dach über dem Kopf, durchstehen, bis er in der Außenwohngruppe des JHH unterkam. „Wir können im Heim aber keine Pflege leisten. Wir sind nur Wohnheim. David braucht jedoch mehr Hilfe“, sagt Sozialarbeiter Joachim Blumenthal vom JHH, der die Not erkannte und dafür sorgte, dass David in den gerade eröffneten neuen Wohnbereich in Leutesdorf übersiedeln konnte. „Die Zimmer sind behindertengerecht, und er bekommt ganzheitliche Hilfe von einem multiprofessionellen Team. Ohne dieses neue Angebot wäre er jetzt tot. Seine Nieren sind kaputt. Er fährt von hier aus dreimal

die Woche zur Dialyse“, erläutert Blumenthal. Im neuen Wohnbereich sind elf Zimmer entstanden. Der Pflegedienst kommt ins Haus, die Bewohner werden auch zu Ärzten vermittelt und werden im alltäglichen Leben unterstützt.

Dabei war es gar nicht so einfach, David davon zu überzeugen, dass er

„2020 erhielten wir etwa 30 Anfragen, die wir bisher ablehnen mussten. Jetzt bekommen wir im Monat mindestens zwei Anfragen.“

Ramona Desgronte, Einrichtungsleiterin des Johannes-Haw-Heims (JHH) in Leutesdorf

Hilfe annehmen muss. „Ich wollte nicht mehr. Ich wollte nur noch sterben“, sagt David, und Blumenthal ergänzt: „Viele lehnen Hilfen erst mal ab, versuchen lieber, auf eigene Faust klarzukommen. Sie haben schlechte Erfahrungen gemacht und deshalb ein schlechtes Menschenbild“, berichtet er aus

den Erfahrungen, die er mit den Menschen, die unbedingt diese Hilfen brauchen, gesammelt hat. Und die werden immer jünger. „Zu Suchterkrankungen kommen immer häufiger psychische Erkrankungen wie Depressionen oder Schizophrenie. Der Drogensucht folgt oft eine Psychose. Immer öfter kommen auch weibliche Erwachsene zu uns, die teilweise an ihrem 18. Geburtstag aus dem Elternhaus geworfen werden – nicht selten wegen einer Suchtproblematik“, beschreibt der Sozialarbeiter die Lage. Doch auch Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, aber trotzdem nur eine kleine Rente beziehen, sich keine Wohnung mehr leisten können, landen im Wohnheim in Leutesdorf. Wenn sie dann auch nicht mehr fit genug sind, um sich allein zu versorgen, aber trotzdem keinen oder nur Pflegegrad eins bekommen, fallen sie durchs System. „Für Senioren- und Pflegeheime sind sie zu jung und haben außerdem nur Pflegestufe eins, dann haben sie keine Chance, irgendwo aufgenommen zu werden“, umreißt Blumenthal den Hinter-

grund, warum in Leutesdorf dieses neue Hilfsangebot aufgelegt wurde. „Auch die Verkürzung von Liegezeiten in den psychiatrischen Kliniken führt dazu, dass nach der Entlassung eine Betreuung dringend notwendig ist. Ein Platz in einer stationären Einrichtung ist aber kaum zu vermitteln.“ Elf Plätze mit dem erweiterten Angebot scheinen da nur ein Tropfen auf den heißen Stein zu sein. „2020 erhielten wir etwa 30 Anfragen, die wir bisher ablehnen mussten. Jetzt bekommen wir im Monat mindestens zwei Anfragen“, so Desgronte.

Für David und die anderen Bewohner des Projekts ist die neue Wohngruppe keine Dauerlösung. Auch ihm wurde nur Pflegegrad eins zuerkannt. „Wir schreiben einen Hilfeplan, die Kreisverwaltung entscheidet dann über die Verweildauer. Wenn sich sein Zustand verbessert hat, kann er in unser Haupthaus ziehen. Wenn er sich weiter verschlechtert, müssen wir eine Pflegeeinrichtung finden“, erläutert Desgronte und betont, dass eins sicher ist: „Zurück auf die Straße muss er auf keinen Fall.“

Name für Einkaufsmeile gesucht

Wie soll das neue Einkaufszentrum in Hör-Grenzhausen heißen? Die Entscheidung liegt bei den RZ-Lesern, die noch bis Sonntag, 20 Uhr, über vier Vorschläge abstimmen können. Seite 23

Waghalsig überholt

Bad Hönningen. Am Freitagmorgen gegen 7 Uhr befuhr ein weißer Kleinwagen die L 257 aus Weißfeld kommend in Fahrtrichtung Bad Hönningen. Durch ein waghalsiges Überholmanöver mussten ein entgegenkommendes Fahrzeug sowie ein Schulbus in einer Kurve bis zum Stillstand abbremsen, um einen Zusammenstoß zu verhindern. Die Polizeiinspektion in Linz bittet um sachdienliche Hinweise zum verursachenden Pkw unter Tel. 02644/9430 oder per E-Mail an pilinz@polizei.rlp.de. red

Durch Unfall leicht verletzt

Rheinbreitbach. Zu einer Kollision zwischen einem Kleinkraftrad und einem Pkw ist es am Montagmorgen in der Heerstraße in Rheinbreitbach gekommen. Beim Verlassen eines Grundstückes übersah eine 68-jährige Pkw-Fahrerin ein herannahendes Kleinkraftrad und stieß gegen das Fahrzeug. Dadurch kamen der 15-jährige Fahrer und sein 15-jähriger Sozios zu Fall und verletzten sich leicht, teilt die Polizei mit. red

Betrugsversuch mit WhatsApp

Linz. Am Montagmorgen wurde eine 50-jährige Frau aus Linz eine WhatsApp-Nachricht erhalten – angeblich von ihrem Kind. In der Nachricht wurde der Frau eine neue Handynummer mitgeteilt, und sie solle zur weiteren Kommunikation einen Link öffnen. Die Frau reagierte nicht auf die Nachricht, sodass es zu keiner weiteren Korrespondenz kam. red

Blaulicht

Bei Gaststättenbesuch Handy gestohlen

In einer Gaststätte in der Rheinstraße in Linz ist einer 47-jährigen Frau aus Linz am Samstagabend das Handy, ein Samsung Galaxy S8, entwendet worden. Hinweise nimmt die Polizeiinspektion Linz unter Tel. 02644/9430 oder per E-Mail an pilinz@polizei.rlp.de entgegen.

Beide Kennzeichen von Lkw entwendet

Am Freitagnachmittag haben unbekannte Täter beide Kennzeichen von einem Lkw auf einem Firmengelände in Kalenborn entwendet. Hinweise nimmt die Polizeiinspektion Linz unter Tel. 02644/9430 oder per E-Mail an pilinz@polizei.rlp.de entgegen.

Nach Unfall einfach weggefahren

Am Montagabend gegen 20.45 Uhr ist es auf dem Parkplatz des Fitnessstudios in der Hauptstraße in Rheinbreitbach zu einem Zusammenstoß zwischen drei Fahrzeugen gekommen, wobei sich der Unfallverursacher unerlaubt von der Unfallstelle entfernte. Demnach muss dieser beim Rangieren zwei ordnungsgemäß abgestellte Autos touchiert und dabei beschädigt haben. Hinweise nimmt die Polizei entgegen. red

Leubsdorfer Etat: Viele Sorgen und ein kleiner Lichtblick

Rat beschließt Haushalt einstimmig – Die wichtigsten Investitionen

Von Simone Schwamborn

Leubsdorf. Der Straßenausbau „Am Alten Hahn“, die Anschaffung von Sport- und Freizeitgeräten und einiges mehr stehen auf der To-do-Liste, die sich die Ortsgemeinde Leubsdorf für das Jahr 2023 vorgenommen hat. Insgesamt sind für dieses Jahr Investitionen von rund 647 900 Euro beabsichtigt, dazu kommt noch die Verwendung der aus dem Vorjahr übertragenen Haushaltsmittel in Höhe von rund 343 500 Euro. Einen genauen Überblick über den Einsatz der geplanten Haushaltsmittel gibt der Haushaltsplan 2023, der nach eingehenden Vorberatungen im Haupt-, Haushalts- und Finanzausschuss nun im Gemeinderat einstimmig beschlossen wurde.

Wie bereits in den vergangenen Jahren gebe der Haushaltsplan keinen Anlass zum Jubeln, sondern treibe einem vielmehr „die Tränen in die Augen“, kommentierte Ortsbürgermeister Achim Pohlen das beschlossene Zahlenwerk. Dass die Gemeinde nur beschränkte Gestaltungsfreiheit habe, erläuterte Pohlen eindrücklich und kam dann auf einen Hoffnungsschimmer zu sprechen: das Engagement und die Forderung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB).

Der DStGB fordere unter anderem bessere Rahmenbedingungen zugunsten des kommunalpolitischen Ehrenamtes, gerade im Hinblick auf die Auswirkungen der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs. „Für wichtig halte ich, den Ortsgemeinden einen finanziellen Gestaltungsspielraum zu ermöglichen, denn wenn im Haushalt kein Geld für freiwillige Leistungen wie Klimaschutzprojekte oder Spielplätze vorhanden ist, erzeugt das einen immensen Frust

vor Ort“, sagte Pohlen. Die Gemeinden würden gezwungen, die Gewerbe- und Grundsteuersätze zu erhöhen, aber durch die ebenfalls gestiegenen und zu zahlenden Umlagen bleibe nichts hängen. „Das sind keine positiven Signale zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.“

Diese negative Entwicklung spiegelte sich auch im Haushaltsplan wieder. Als kleiner Lichtblick,

Etat in Kürze

- Haushaltsvolumen: 2,28 Millionen Euro
- Jahresfehlbetrag: 218 028 Euro
- Investitionen: 647 900 Euro
- Kredite: keine
- Schulden: 324 714 Euro
- Eigenkapital: 4,61 Millionen Euro

oder wie Pohlen es ausdrückte, als „kleines Zuckerklümpchen“ in dem Dilemma erscheine, dass die sehr vorsichtig prognostizierten Jahresrechnungen bislang am Ende immer positiver ausfielen und dies voraussichtlich auch für 2022 gelten werde. Positiv zu bewerten sei auch die Verbesserung des Schuldenstandes.

Zu den größten Posten der Investitionen zählen der Straßenausbau „Im Alten Hahn“ (435 000 Euro), der Ausbau des Platzes vor dem Bürgerhaus (90 000 Euro), die Anschaffung von Sport- und Freizeitgeräten (30 000 Euro) sowie die Planung der Umgestaltung des Friedhofs (20 000 Euro) und die Planung der energetischen Sanierung des Bürgerhauses (25 000 Euro). Den Ausgaben für geplante Investitionen stehen voraussichtliche Einzahlungen (Lore-Aeckersberg-Stiftung, Naturpark-Förderung, Entgelte und Gebühren) von 279 600 Euro gegenüber.

Zu einzelnen Vorhaben ging der Ortsbürgermeister näher ins Detail. So soll mit Unterstützung der Lore-Aeckersberg-Stiftung eine innerörtliche Fläche für Jung und Alt gestaltet werden. Die Unterhaltung- und Bewirtschaftungsaufwendungen beinhalten unter anderem 30 000 Euro für die Sanierung des Sportlerheims und 200 000 Euro für erforderliche Brandschutzmaßnahmen in der Grundschule. Da die Seniorenveranstaltung in den vergangenen drei Jahren ausfiel, würden statt der üblichen 3000 Euro nun 7000 Euro eingeplant.

Mit Blick auf die Gewerbe- und die Grundsteuer sagte Pohlen, dass sich diese zwar erhöhen würden, aber leider auch die Umlagen für Kreis und VG. „Uns verleiben daher nur 528 000 Euro zur Erfüllung aller Ausgaben. Jeder kann sich ausrechnen, was davon noch übrig bleibt“, bedauerte Pohlen. Die Forderungen des DStGB befürwortete nicht nur Pohlen, sondern unter anderem auch Stefan Haardt (CDU).